

Der Österreichische Rundfunk schreibt einen Dienstposten aus Seite 34

Die Arena Sportwetten GmbH ist in Liquidation getreten Seite 34

Die Energie AG Oberösterreich legt ihre Konzernbilanz vor Seiten 38 bis 44

Post im Visier der Datenschutzkommission

„Stellen uns gerne der Untersuchung“, so Post-Chef Pölzl bei Präsentation der neuen Uniformen.

Wien. (apa/kle) Eigentlich wollte die Post am Donnerstag die neuen Uniformen für ihre 12.000 Mitarbeiter in den Mittelpunkt stellen. Angesichts der jüngsten Datenaffäre des teilstaatlichen Konzerns drehte sich aber das Interesse um den Datenschutz. „Wir stellen uns gerne der Untersuchung und Diskussion mit der Datenschutzkommission“, sagte Post-Chef Georg Pölzl vor Journalisten.

Nach der brisanten Affäre um die Auswertung und Speicherung der Parteilaffinität ihrer Kunden war die Post erst diese Woche wieder in die Schlagzeilen geraten. Die Rechercheplattform Adendum wirft der Post vor, gemeinsam mit einem Partner gezielt das Surfverhalten von Kunden mit Adressdaten zu verknüpfen und so personalisierte Werbezusendungen zu ermöglichen. Die Post selber und der Auftragsdatenverarbeiter Twyn, mit dem die Post zusammenarbeitet, dementierten das diese Woche. Weder Post noch Twyn würden werbetreibenden Firmen Online-Nutzerdaten anbieten oder verkaufen.

Post strebt „Datengütesiegel“ an
Aus Pölzls Sicht ist „in der Datendiskussion alles gesagt. Wir halten uns an die geltenden Gesetze“, sagte er am Donnerstag. Das Vertrauen der Kunden sei das Allerwichtigste, weshalb sich die Post auch der Datenschutzkommission stelle und ein „Datengütesiegel“ anstrebe. Nach der Affäre um die Errechnung der Parteilaffinität der Kunden entschied die Post, alle vorhandenen Informationen darüber zu löschen und künftig nicht mehr zu berechnen oder abzuspeichern.

Mehrfach betonte Pölzl, dass sich die Post an die Gesetze halte. Er sprach von „vielen Unterstellungen“. Der Post-Chef räumte ein, dass es zuletzt auch Anfragen



Bei der teilstaatlichen Post sind ab sofort neue Uniformen im Einsatz. Foto: apa/Robert Jäger

verunsicherter Kunden gegeben habe. Es habe sich dabei aber um eine „überschaubare Anzahl von Leuten“ gehalten. Das Interesse an der Post sei groß, daher habe man eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit zu akzeptieren.

Noch bevor Geschichten um Datenweitergaben in den Schlagzeilen waren, hatte die Post an anderer Stelle eine Niederlage hinnehmen müssen: Die Gründung einer eigenen Bank fiel ins Wasser, weil sich die deutsche Fintech Group aufgrund von Unstimmigkeiten aus der mit der Post geschlossenen Partnerschaft wieder zurückzog. Seither sucht die Post nach einer neuen Lösung, zumal die bisherige Kooperation mit der Bawag mit Jahresende 2019 aus-

läuft. „Die Dynamik zeigt, wie schwierig das Unterfangen ist“, sagte Pölzl dazu. Aber: „Wir werden auf jeden Fall auch weiterhin Finanzdienstleistungen anbieten.“ Im ersten Halbjahr 2020 werde es aus heutiger Sicht eine sichtbare Veränderung geben – sprich: einen neuen Partner.

Neues Outfit von Hoermanseder
Neuerungen optischer Natur gibt es bereits jetzt. Nach einem mehrmonatigen Tragetest und einigen Design-Änderungen tragen die Postler ab sofort die neuen Uniformen aus dem Hause Hoermanseder. Der Einmalaufwand sei „sehr überschaubar“ gewesen, sagte Pölzl. In erster Linie seien Designkosten angefallen. Produk-

tionskosten hätte die Post sonst auch, da die Dienstkleidung der Postler laufend erneuert werde.

Die Entwürfe der in Berlin lebenden österreichischen Designerin Marina Hoermanseder waren bereits im Sommer 2017 präsentiert worden. „Österreich ist auf meiner Seite und stolz auf mich“, sagte Hoermanseder am Donnerstag. Von ihr stammen übrigens auch die AUA-Uniformen.

Bekannt wurde Hoermanseder mit Mode, die an orthopädische Korsetts erinnert – mit viel Leder, Metall und Fetisch-Elementen. Die spektakulärsten Stücke der Designerin waren schon auf roten Teppichen und Showbühnen zu sehen – unter anderen an Lady Gaga und Rihanna. ■

Umwandlung der Staatsholding verzögert sich

Wien. (apa/kle) Die Staatsholding Öbib (vormals ÖIAG) soll zur Öbag werden. Ursprünglich hat die türkis-blaue Regierung die Umwandlung für den Jänner geplant, nachdem das Öbag-Gesetz bereits verabschiedet wurde. Eine dafür notwendige Generalversammlung hat bisher aber noch nicht stattgefunden, und es gibt derzeit auch keinen Termin. Zwar soll die Öbag bald aus der Taufe gehoben sein, zum Ablaufplan hält sich das Büro von Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) jedoch bedeckt.

Für den Aufsichtsrat der künftigen Öbag, der Österreichischen Beteiligungs-AG, sollen in der Generalversammlung laut Öbag-Gesetz auch die sechs Kapitalvertreter des Bundes benannt werden. Vier sollen nach dem Proporzsystem auf einem ÖVP-Ticket einziehen, zwei auf einem FPÖ-Ticket. Der Vorsitz soll der ÖVP vorbehalten sein, der stellvertretende Vorsitz ist für die FPÖ bestimmt. Dabei ist laut Gesetz auf „die fachliche und persönliche Qualifikation dieser Mitglieder“ zu achten, die „den Bestimmungen des Aktiengesetzes und höchsten Corporate Governance Standards zu entsprechen“ haben.

Grund für die Verzögerung bei der Umwandlung der Staatsholding könnte die Personalsuche für den Aufsichtsrat sein. Angeblich will die ÖVP eine Chefin für das Kontrollgremium. Nach der Konstituierung der Öbag ist auch noch deren Geschäftsführerposten auszuschreiben.

Außergerichtliche Einigung

Vom Tisch ist indes der Streit um Nachzahlungen an Rudolf Kemler, der bis 2015 der letzte Chef der Staatsholding unter ihrem damaligen Namen ÖIAG war. Laut „Kurier“ hat sich Kemler nun außergerichtlich mit seinem früheren Arbeitgeber geeinigt. Kemler hatte 250.000 Euro eingeklagt, die ÖIAG-Nachfolgerin Öbib 300.000 Euro. Es dürfte Geld an Kemler geflossen sein, beide Seiten berufen sich aber auf strengste Verschwiegenheitspflicht. ■

Kurz notiert

KTM. Mit dem Verkaufsrekord von 261.500 Motorrädern im vergangenen Jahr hat der oberösterreichische Hersteller KTM bei der Absatzzahl die US-Kultmarke Harley Davidson (rund 230.000) erstmals überholt. Allerdings haben die Motorradtypen beider Marken wenig miteinander gemein, die „Harleys“ (Chopper) sind weit schwerer als die KTM-Motorräder (Enduro/Motocross). Vor allem in Indien verkauft KTM mit Partner Bajaj auch besonders viele kubikschwache Bikes.

VIG. Der Wiener Versicherungskonzern Vienna Insurance Group (VIG) hat unter dem Namen „viesure innovation center“ ein eige-

nes Corporate-Start-up gegründet, das sich mit Zukunftstrends in der digitalen Kundenservicierung befasst. Mittelfristig will die VIG in den Einstieg in Start-ups oder in die Eigenentwicklung etwa von App-Lösungen einen zweistelligen Euro-Millionen-Betrag investieren, wie sie am Donnerstag mitteilte.

Wedl. Das Tiroler Handelsunternehmen Wedl mit Sitz in Mils bei Hall hat 2018 im Konzern mit 517,5 Millionen Euro um 3,7 Prozent mehr umgesetzt als im Jahr davor. Im Gastro-Großhandel kam es im vergangenen Jahr laut seinem Geschäftsführer Lorenz Wedl auf ein Umsatzplus von vier Prozent auf 342,4 Millionen Euro.

ÖVAG-Bad-Bank wird im Mai liquidiert

Gesellschaft hat Abbauarbeiten nach Volksbanken-Desaster de facto beendet.

Wien. (kle) Die teilstaatliche Abbaugesellschaft Immigon, die Mitte 2015 aus der Krisenbank ÖVAG hervorgegangen ist, wird in wenigen Monaten Geschichte sein. Da von den zu verwertenden Assets so gut wie nichts mehr da ist und die liquiden Mittel reichen sollten, um für noch zu bezahlende Schulden geradzustehen, hat der Vorstand nun beschlossen, der Finanzmarktaufsicht (FMA) die Beendigung des Portfolioabbaus anzuzeigen. Sobald dies per FMA-Bescheid bestätigt ist, wird die Immigon keine Abbaugesellschaft mehr

sein, wie sie am Donnerstag in einer Aussendung mitteilte.

In weiterer Folge soll die Auflösung und Abwicklung des Unternehmens in der nächsten, voraussichtlich am 15. Mai stattfindenden Hauptversammlung beschlossen und danach umgesetzt werden. Geplant ist, die Vermögensverwaltungs- und Beratungsfirma Ithuba Capital als Abwickler zu bestellen.

Ihr Eigenkapital hat die Immigon 2018 dank eines positiven Ergebnisses um 15 Prozent auf 775 Millionen Euro gesteigert. Damit

ist dieses viel höher als ursprünglich angenommen. Anfangs wurde erwartet, dass bestenfalls zirka 50 Millionen Euro Eigenkapital als Liquidationserlös übrigbleiben.

Wie viel Geld am Ende an den Bund zurückfließen wird, hängt noch von letzten Erlösen und den Liquidierungskosten ab. Die Volksbanken AG (ÖVAG) wurde ja nach der Finanzkrise mit 1,25 Steuermilliarden aufgefangen.

Sobald begonnen wird, die Immigon zu liquidieren, werden Stephan Koren und Michael Mendel aus dem Vorstand ausscheiden. ■